Landkreis **Vorpommern-Rügen**
2. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion Bündnis´90/Die Grünen

Vorlagen Nr.:
A/2/0036

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung – an Ausschuss verwiesen	11.05.2015
Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss	Vorberatung	07.09.2015
Kreisausschuss	Vorberatung	14.09.2015
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	05.10.2015

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis´90/Die Grünen: "Breitbandausbau"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Versorgung mit schnellem Internet liegt im Landkreis Vorpommern-Rügen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Nur 51,7 Prozent der Haushalte verfügen über einen Breitbandanschluss mit 50 Mbit/s. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden sind bereits heute gravierend und drohen in Zukunft immer größer zu werden. Ein flächendeckender, schneller Internetzugang ist jedoch ein wichtiger Standortfaktor und vielfach die Grundvoraussetzung für innovative Lösungsstrategien der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land muss verhindert werden.

Der Kreistag beschließt daher:

1. Der Kreistag begrüßt das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s in ganz Deutschland herzustellen. Der Ausbau des Breitbandnetzes ist eine nachhaltige Investition in die Infrastruktur der Zukunft!
2. Der Kreistag sieht das Ziel der Bundesregierung jedoch für den Landkreis Vorpommern-Rügen gefährdet, da der Ausbau in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern Kommunen und Anbieter vor besondere Herausforderungen und Kosten stellt.
3. Der Kreistag fordert die Landesregierung daher auf, gemeinsam mit dem Landrat, sowie mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft eine Strategie für den Breitbandausbau zu erarbeiten.
4. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, eine ausreichende Finanzierung für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen finanziellen Zusagen der Bundesregierung sind für eine flächendeckende Breitbandversorgung nicht ausreichend und müssen dringend aufgestockt werden.
5. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, ein Sonderprogramm für den Breitbandausbau aufzulegen. Denn auch die finanzielle Beteiligung des Landes ist bisher ungenügend, obwohl die Haushaltsüberschüsse und Rücklagen des Landes dafür ausreichend Spielräume bieten.

6. Der Kreistag fordert den Landrat auf, jährlich über den Stand des Breitbandausbaus zu unterrichten.
7. Der Kreistag fordert den Landrat auf, diesen Beschluss an die Landesregierung und die Bundesregierung zu übermitteln und um Auskunft zu ersuchen, wie jeweils aus Sicht der Landes- und Bundesregierung eine flächendeckende Breitbandversorgung bis zum Jahr 2018 sichergestellt und finanziert werden kann.

Begründung:

Insbesondere in den ländlichen Räumen partizipieren derzeit viele Bewohnerinnen und Bewohner nicht am schnellen Internet. Während in den Städten bereits heute fast 90 Prozent der Haushalte über eine Bandbreite von 50 Mbit/s verfügen, sind es in den ländlichen Räumen nur knapp 15 Prozent. Daher müssen nun dringend entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, damit der Landkreis und das Land nicht von der digitalen Entwicklung abgehängt werden. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land wird sich ohne eine moderne Breitbandstrategie weiter verschärfen. Darum ist zunächst eine Breitbandstrategie durch die Landesregierung zusammen mit der Landrätin und der Wirtschaft zu erarbeiten. Die Strategie muss aufzeigen, wie eine flächendeckende Breitbandversorgung bis 2018 sichergestellt und finanziert werden kann. Insbesondere in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bringt der Ausbau des schnellen Internets erhebliche Kosten mit sich. Dort wo der Ausbau nicht wirtschaftlich durch Unternehmen erfolgen kann, ist eine öffentliche Förderung zum Schließen der Wirtschaftlichkeitslücke notwendig. Fördermittel müssen insbesondere für die ländlichen Räume zur Verfügung gestellt werden. Dazu müssen Bund und Land endlich verbindlich Haushaltsmittel in ausreichender Höhe bereitstellen. Die bisherigen Ankündigungen der Bundesregierung sind vage und nicht ausreichend. Noch ist völlig unklar, wie hoch die Erlöse aus der Digitalen Dividende II, die für den Breitbandausbau verwendet werden sollen, sein werden. Aber auch das Land ist in der Pflicht. Bereits jetzt wird deutlich, dass die Bundesmittel für den Ausbau in Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend werden. Die Landesregierung ist daher aufgefordert ein eigenes Sonderprogramm für den Breitbandausbau einzurichten. Damit könnten auch finanzschwache Kommunen besser unterstützt werden.
In den vergangenen Jahren hat das Land gerade einmal 5 Millionen Euro pro Jahr in den Breitbandausbau investiert. Das ist zu wenig. Denn so würde der Breitbandausbau auf 50 Mbit/s rund 60 Jahre dauern. Die aktuellen Überschüsse des Haushaltsjahre 2014 und die hohen Rücklagen des Landes eröffnen der Landesregierung einen ausreichenden Handlungsspielraum für größere Investitionen.

gez.
Claudia Müller
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis´90/Die Grünen